

**Richtige familien- und kinderpolitische Weichenstellung der Bundesfamilienministerin!**

Der BDKJ Bayern unterstützt mit Nachdruck die von Bundesministerin Ursula von der Leyen in Aussicht gestellten familien- und kinderpolitischen Maßnahmen:

- mehr Angebote für Kinder unter drei Jahren,
- eine Qualitätsoffensive im Kindertagesstättenbereich, die eine pädagogisch hochwertige Betreuung, Erziehung und Bildung ermöglicht und
- als ultima ratio einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ab dem ersten Lebensjahr.

Erst genügend pädagogische hochwertige Kinderbetreuungseinrichtungen und –möglichkeiten eröffnen Müttern und Vätern die Wahlfreiheit. Bei den heute zur Verfügung stehenden Betreuungsmöglichkeiten kann von Wahlfreiheit nicht die Rede sein.

Bereits vor sechs Jahren forderte die BDKJ-Landesversammlung in ihrem Beschluss *Kinder – Mütter – Väter: Für eine lebenswerte Zukunft*: „Der Vereinbarkeit von Kindern und Beruf muss große Anstrengung zukommen. Immer noch gibt es keine ausreichenden Betreuungsmöglichkeiten, die die Rückkehr auf eine Vollzeitarbeitsstelle nach der Erziehungszeit ermöglichen. Der Versorgungsgrad für Kinderkrippen liegt in Bayern bei 2,9% und für Hortplätze bei 4,9 %. Der BDKJ Bayern fordert die bayerische Staatsregierung auf, mehr Geld für Kinderhorte und Kindertagesstätten zur Verfügung zu stellen.“ Der BDKJ Bayern begrüßt, dass die bayerische Staatsregierung in den letzten Jahren die Kindertagesbetreuung gerade für die unter Dreijährigen qualitativ und quantitativ ausgebaut hat. Der Versorgungsgrad lag im Januar 2006 bei 7%. Dieser eingeschlagene Weg muss konsequent weiter geführt werden.

Kinder haben ein Recht auf Bildung. Studien belegen übereinstimmend, dass die gesellschaftlichen Investitionen in die Betreuung von Kleinkindern zur Verbesserung der frühkindlichen Bildung führen. Gerade Kinder mit familiärem Migrationshintergrund und aus sozial ausgegrenzten Familien profitieren von dem Angebot (vgl. u.a. 12. Kinder- und Jugendbericht). Der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen ist eine gesellschaftliche Investition in die Zukunft, da sie Müttern und Vätern hilft Familienaufgaben und berufliche Tätigkeit miteinander zu vereinbaren und das Recht von Kindern auf Bildung einlöst.

Der BDKJ Bayern fordert die CSU – die gerade an einem neuen Grundsatzpapier arbeitet – auf, sich im familienpolitischen Teil des Papiers für ein modernes Bild von Familie stark zu machen. Dazu gehört, dass sowohl Mütter als auch Väter sich der Betreuung ihrer Kinder widmen und gleichzeitig beide Elternteile berufstätig sein können.

Es ist daher notwendig, dass sich Bund, Länder und Kommunen gemeinsam für einen qualitativ hochwertigen Ausbau an Kinderbetreuungsangeboten stark machen. Die Diskussion über die Finanzierbarkeit darf nicht dazu führen, dass die längst notwendigen familien- und kinderpolitischen Maßnahmen verhindert werden.

Der BDKJ Bayern wiederholt seine Forderung aus dem Jahre 2005: „Die bayerische Staatsregierung wird aufgefordert, in Zukunft mehr Geld in die professionelle Betreuung von Kindern zu investieren und den Anteil der Staatsausgaben entsprechend zu steigern. Es ist beschämend, dass ein reiches Bundesland wie Bayern nicht mehr öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern übernimmt.“

Vom BDKJ-Landesausschuss einstimmig beschlossen am 17. Februar 2007.